

Wählen heißt mitregieren!

Am 14. Juni entscheiden wir uns für die Kandidaten der Nationalen Front.

IM DIENSTE DES VOLKES

Das erste Mandat bekam er 1946

UZ-Interview mit OMR Prof. Dr. med. Justus Claus, Jahrgang 1922, Direktor für medizinische Betreuung des Bereiches Medizin der KMU, Bezirksabgeordneter in Leipzig und Mitglied des Zentralvorstandes der LDPD. OMR Prof. Dr. Claus ist Mitglied des Gesellschaftlichen Rates der KMU.

UZ: Prof. Dr. Claus, Sie waren 35 Jahre lang Abgeordneter, also Volksvertreter von Anfang an. Warum?

OMR Prof. Dr. Claus: Tja, den eigentlichen Anstoß 1946 gaben mein Vater und mein Onkel, die bis zur Machtergreifung der Nazis jahrelang selbst Abgeordnete der demokratischen Partei waren, also wenn man so will, eine Familientradition. Das war ein Anstoß, aber nicht die Hauptsache. Mit der Zeit wurde mir immer bewußter, daß wir die Folgen des Krieges nur überwinden können, wenn wir selbst anfassend. Und als Abgeordneter wurde man täglich direkt mit den vielfältigsten Problemen und zum Teil auch menschlichen Tragödien konfrontiert.

UZ: Sie wurden 1946 Abgeordneter im Gemeindeparlament ihres Heimatortes Taura, und zwar im Volksbildungsausschuß. Wie kam es dazu?

OMR Prof. Dr. Claus: Das hing mit meiner Tätigkeit als Neulehrer und Schulleiter zusammen. Zunächst war das ganze Parlament eine vom Antifa-Ausschuß provisorisch eingesetzte Volksvertretung. Einige Monate darauf fanden dann auch die ersten demokratischen Wahlen statt.

UZ: Lehrer sind Sie ja nicht geblieben...

OMR Prof. Dr. Claus: Ich fing im Herbst 1946 mit meinem Medizinstudium in Leipzig an. Ein Zockerleben war's nicht. Wenn wir in einen der wenigen nicht zerstörten Häuser nicht hineinkamen (die Fenster waren mit Igelst "verglast"), fanden die Vorlesungen im Keller statt. Resonanzgläser fehlten, und selbst mit Kreide sah's dünn aus. In den Bibliotheken gab es insgesamt 4 bis 5 anatomische Atlanten, und Kohlen für unsere Studentenbuden hatten wir uns damals vom Bayerischen Bahnhof organisiert.

UZ: Von 1949 bis 1953 waren Sie als Mandatsträger der LDPD im Sächsischen Landtag vertreten, bis 1954 im neugebildeten Bezirkstag Leipzig, Abgeordneter als Student - wie ging das damals?

OMR Prof. Dr. Claus: Kompliziert war's manchmal schon. Der Landtag war ja in der sächsischen Hauptstadt Dresden, und so reiste ich zwischen Leipzig und Dresden hin und her. Oftmals kamen auch Telegramme mit etner Order zu Sitzteilnahmen u. ä. Na ja, und dann

kam es eben vor, daß ich früh um 2 Uhr von einer Fraktionssitzung aus Dresden kam und um 8 Uhr eine Prüfung anstand. Es gab nicht wenige Studenten und auch Professoren, die damals für meine Arbeit als Abgeordneter kaum Verständnis aufbrachten und die Köpfe schüttelten. Man werde schließlich Arzt und kein Politiker...

UZ: Mit welchen Problemen hatten Sie sich in den Anfangsjahren vor allem zu beschäftigen?

OMR Prof. Dr. Claus: Im Sächsischen Landtag arbeitete ich im Volksbildungsausschuß sowie im Gesundheits- und Sozialausschuß. In diesem Bereich hatten wir folgende Schwerpunktaufgaben zu behandeln: einerseits die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, dabei galt unsere größte Sorge den Schwangeren und Müttern mit Kleinkind. Zum anderen ging es um die Bekämpfung von Krankheiten und Seuchen, die in den Nachkriegsjahren besonders auftraten. Die Tuberkulose und die Säuuglingssterblichkeit waren damals unwahrscheinlich hoch.

UZ: Sie waren im Sächsischen Landtag auch in der Stipendienstiftungskommission. Was hatte diese für Aufgaben?

OMR Prof. Dr. Claus: Stipendien in einem solchen Sinne, wie sie heute existieren, gab es etwa seit Ende der vierziger Jahre. Dafür mußten große Mittel zur Verfügung gestellt werden. Unsere Kommission hatte die Aufgabe, Vermögenswerte von Stiftungen, darunter gab es solche wie die individuelle „Stiftung zur Unterstützung nicht-sozialistischer Studenten“ aus der Weimarer Zeit, zunächst zu erfassen. Die Vermögenswerte wurden dann „flüssig“ gemacht und der Zinsertrag für Stipendien verwendet.

UZ: 1952, auf der 2. Parteikonferenz der SED wurde der Beschluß gefaßt, in allen Bereichen der Gesellschaft planmäßig die Grundlagen des Sozialismus zu schaffen. War diese Entwicklung für Sie von Anfang an abzusehen?

OMR Prof. Dr. Claus: Nein, das war sie nicht. Zunächst ging es um ja erst einmal darum, aus dem Chaos, das die Nazis uns hinterlassen hatten, herauszukommen. Erst langsam setzte sich auch in unserer Partei die Erkenntnis durch, daß Fraktionskämpfe und Parteiprestige hinter der Lösung unserer gemeinsamen Sorgen und Nöte zurückstehen

müssen. Mit einem Aufsplittern der Kraft wäre das auf keinen Fall möglich gewesen. Es gab natürlich auch Vorstellungen über eine Staatsmacht, ähnlich der der Weimarer Republik. Erst schrittweise und nach sehr harten innerparteilichen Auseinandersetzungen wurde die führende Rolle der Arbeiterklasse und der SED anerkannt und der eingeschlagene Weg akzeptiert. Die Suche nach unserer Position war kein reibungsloser Prozeß, bis wir dann im Verlaufe der Entwicklung eine einseitige positive und aktive Stellung zum Aufbau des Sozialismus bezogen haben.

Der gemeinsame Wille zur Neuordnung unserer Gesellschaft drückte und drückt sich ja auch eindeutig in der gemeinsamen Kandidatenliste der Nationalen Front aus. 1950 haben wir sie zum ersten Mal bei den ersten Volkswahlen der DDR aufgestellt, und 90,7 Prozent der Wähler gaben unseren Kandidaten ihre Zustimmung.

Daß unsere Entscheidung richtig war, hat ja die Praxis mehr als überzeugend bewiesen. Diese gute sozialistische Entwicklung war nur möglich durch ein breites Bündnis und eine gemeinsame Zielrichtung aller unserer demokratischen Parteien und Massenorganisationen.

UZ: Von 1954 bis 1958 vertraten Sie die LDPD-Fraktion in der Volkskammer. An welchen Entscheidungen waren Sie z. B. beteiligt?

OMR Prof. Dr. Claus: Zwei möchte ich da hervorheben, da sie doch besonderes Gewicht besitzen. 1955 wurde der Freundschaftsvertrag der DDR mit der UdSSR von der Volkskammer bestätigt, und 1958 beschlossen wir die Gründung der NVA und des Ministeriums für Nationale Verteidigung. Verteidigungsminister wurde damals Generaloberst Willi Stoph.

UZ: Was waren für Sie weitere wichtige Stationen in Ihrer gesellschaftlichen Arbeit?

Prof. Dr. Claus: Von 1959 bis 1962

arbeitete ich als Kreisarzt im Kreisrat Leipzig-Land, war dort Ratmitglied und Abgeordneter. Allerdings ruhte diese Tätigkeit 1963/64, da ich in dieser Zeit ärztliche Hilfe in Zaire leistete in einem Land, das sich gerade von der belgischen Kolonialherrschaft befreit hatte. Ab 1962 war ich fünf Jahre lang im Fachbereich Gesundheitswesen der Liga für Völkerfreundschaft tätig. In der Nationalen Front bin ich außerdem stellvertretender Vorsitzender des Leipziger Bezirksausschusses von 1969 bis 1971 gewesen.

UZ: Und außerdem noch Abgeordneter...

OMR Prof. Dr. Claus: Ja, von 1962 an arbeitete ich acht Jahre lang als Bezirksarzt von Leipzig und bin seit 1971 Vorsitzender der neugebildeten Ständigen Kommission Landeskultur und Wasserwirtschaft im Bezirkstag Leipzig.

UZ: Mit welchen Problemen hatten Sie sich in dieser Funktion vor allem zu beschäftigen?

OMR Prof. Dr. Claus: Zum Aufgabengebiet unserer Kommission zählt einmal der Umweltschutz. Wir führen Kontrollen vor allem in den 20 Betrieben durch, die die Hauptverursacher der Umweltverschmutzung in Leipzig sind und beraten über geeignete Maßnahmen.

Ein weiteres Problem ist die Verbesserung der Wasserqualität der Pleiße, um sie als Brauchwasser nutzen zu können. Hier sind Fortschritte erzielt worden, nachdem sich gezeigt hat, daß das Pilotprojekt einer Abwasserreinigungsanlage in Böhlen eine hohe Effektivität zeigt. Von dort kommt kein Schmutzwasser mehr. Außerdem gehört zu unseren Aufgaben die Reaktivierung ehemaliger Tagebaugelände. Die Nutzbarmachung solcher Areale für Erholung und die Landwirtschaft. Natürlich sind wir außerdem auch für die Behandlung der Eingaben, die in unser Fachgebiet fallen, zuständig.

Das Gespräch führte Uwe Gabler



OMR Prof. Dr. Claus wurde für seine fachliche und gesellschaftliche Tätigkeit u. a. mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Bronze, der Artur-Becker-Medaille in Gold, der Ehrennadel der DSF in Gold, der Ehrennadel der Nationalen Front in Silber, der Verdienstmedaille der DDR, ausgezeichnet. Foto: HFBS



unsere Stimme unsere Stimme

UNSERE OBERSTE VOLKSVERTRETUNG: DIE VOLKSKAMMER:

Aus der Verfassung der DDR

Artikel 48: Die Volkskammer ist das oberste staatliche Machtkörper der DDR. Sie entscheidet in ihren Plenarsitzungen über die Grundfragen der Staatspolitik.

Die Volkskammer ist das einzige verfassungs- und gesetzgebende Organ in der DDR. Niemand kann ihre Rechte einschneiden.

Artikel 49: ... Sie bestimmt die Grundsätze der Tätigkeit des Staatsrates, des Ministerrates, des Nationalen Verteidigungsrates, des Obersten Gerichts und des Generalstaatsanwalts.

Artikel 51: Die Volkskammer bestätigt Staatsverträge der DDR und andere völkerrechtliche Verträge, soweit durch sie Gesetze der Volkskammer geändert werden.

Artikel 56: ... Die Abgeordneten halten enge Verbindung zu ihren Wählern. Sie sind verpflichtet, deren Vorschläge, Hinweise und Kritiken zu beachten und für eine gewissenhafte Behandlung Sorge zu tragen.

Artikel 57: Die Abgeordneten der Volkskammer sind verpflichtet,

regelmäßig Sprechstunden und Aussprachen durchzuführen sowie den Wählern über ihre Tätigkeit Rechenschaft abzulegen.

Artikel 61: Die Volkskammer bildet aus ihrer Mitte Ausschüsse, ihnen obliegt in enger Zusammenarbeit mit den Wählern die Beratung von Gesetzentwürfen und die ständige Kontrolle der Durchführung der Gesetze.

... Alle Staatsorgane sind verpflichtet, den Ausschüssen die erforderlichen Informationen zu erteilen.

Artikel 65: Das Recht zur Einbringung von Gesetzentwürfen haben die Abgeordneten der in der Volkskammer vertretenen Parteien und Massenorganisationen, die Ausschüsse der Volkskammer, der Staatsrat, der Ministerrat und des FDGB.

Die Ausschüsse der Volkskammer beraten die Gesetzentwürfe und legen ihre Auffassung dem Plenum der Volkskammer vor.

Entwürfe grundlegender Gesetze werden vor ihrer Verabschiedung der Bevölkerung zur Erörterung unterbreitet. Die Ergebnisse der Volksdiskussion sind bei der endgültigen Fassung auszuwerten.

DER AUFBAU DER VOLKSVERTRETUNGEN IN DER DDR



Antwort auf Wählerfragen

„Warum gibt es in der DDR einen gemeinsamen Wahlorschlag?“

Die höchste Form der Demokratie ist die immer breitere Einbeziehung der Massen in staatliche Angelegenheiten. Ein Beleg dafür sind auch unsere Wahlen, bei denen wir Machtorgane wählen, die unsere Interessen zu vertreten haben. Bei unseren Wahlen geht es also nicht darum, einer Partei zum Sieg zu verhelfen und andere in die Opposition zu drängen.

Da es in unserem Staat keine Ausbeuterklasse und somit keine Klassengegensätze mehr gibt, fehlen auch die objektiven Grundlagen für ein Gegeneinander von politischen Parteien. Im Gegenteil: alle Werktätigen haben gemeinsame Grundinteressen und eine gesicherte Perspektive. Das

zeigt sich im gemeinsamen Wahlorschlag der in der Nationalen Front vereinten Massenorganisationen und Parteien. Diese Parteien und Massenorganisationen (SED, CDU, LDPD, NDPD, FDGB, FDJ, DFD und Kulturbund der DDR) bilden auch die Fraktionen der Volkskammer.

Der gemeinsame Wahlorschlag beruht auf dem Bündnis der Arbeiterklasse mit den anderen Klassen und Schichten der Gesellschaft. Der gemeinsame Wahlorschlag galt schon für die ersten Volkskammerwahlen in unserer Republik. Im Jahre 1950 haben 90,7 Prozent der Wähler den Kandidaten der Nationalen Front ihr Vertrauen. Diese Politik ermöglicht das Miteinander und die Mitwirkung aller gesellschaftlichen Kräfte für unsere gemeinsamen Ziele.

VOLKSKAMMERKANDIDATEN DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT



Prof. Dr. sc. jur. Manfred Mühlmann (49 Jahre), Professor an der Sektion Rechtswissenschaft, kandidiert zum zweiten Male für die Volkskammer für ein Mandat der NDPD. Das Mitglied des Hauptausschusses der NDPD und seit 1970 Vizepräsident des Nationalrates der Nationalen Front arbeitete in der vergangenen Legislaturperiode im Verfassungsausschuß der obersten Volksvertretung. Professor Dr. M. Mühlmann kandidiert im Wahlkreis 43.



Prof. Dr. sc. med. Peter Schwartze (50 Jahre), Facharzt für Physiologie und Direktor des Carl-Ludwig-Instituts für Physiologie an der Karl-Marx-Universität, kandidiert erstmalig für die oberste Volksvertretung. Prof. Dr. sc. med. Peter Schwartze ist seit 1954 Mitglied der SED. Von seinen Arbeitskollegen erhielt er das Vertrauen und bewirbt sich um ein Mandat für die Fraktion des Kulturbundes der DDR in der Volkskammer im Wahlkreis 45.



Dr. paed. Ines Grosche (53 Jahre), ist Hochschuldozent an der Sektion Physik. Sie ist Mitglied der CDU und seit 1964 im Bezirksvorstand ihrer Partei tätig. Von 1963 bis 1971 war sie Abgeordnete des Bezirkstages Leipzig, und seit 1971 ist sie Abgeordnete unserer obersten Volksvertretung. Sie kandidiert in diesem Jahr für ein Mandat der CDU-Fraktion in der Volkskammer im Wahlkreis 46.



Prof. Gabriele Meyer-Dennewitz (59 Jahre), ist Malerin und Grafikerin. Sie arbeitet als Professorin in der Sektion Kultur- und Kunstwissenschaften. Sie ist Mitglied der SED und wurde 1962 Nachfolgekandidat der Volkskammer. Bei den Volkswahlen am 14. Juni kandidiert sie erneut für ein Mandat der DFD-Fraktion in unserer obersten Volksvertretung. Sie bewirbt sich im Wahlkreis 48.